

MONTAG, 30. MÄRZ 2015

Thüringer Allgemeine

NORDHAUSEN

Stadt Nordhausen kritisiert Land wegen mangelnder Information

28.03.2015 - 14:19 Uhr

Nordhausen. Das Walkenrieder Gipsunternehmen Saint Gobain darf Flächen im Naturschutzgebiet "Harzfelder Holz" kaufen. Denn die Frist, das Vorkaufsrecht auszuüben, ist verstrichen. Dass es dazu kam, lastet die Stadt Nordhausen dem Freistaat an.

Nur auf Nachfrage der Stadt Nordhausen zum Vorkaufsrecht für dieses Grundstück habe diese am 12. März von der Oberen Naturschutzbehörde in Erfurt und am 13. März von der Stiftung Naturschutz Thüringen die Auskunft erhalten, dass der Antrag auf Ausübung des Vorkaufsrechtes zurückgezogen wurde. Dies stellte Oberbürgermeister [Klaus Zeh](#) (CDU) noch einmal klar.

Begründet hatte man diesen Schritt mit "Unwägbarkeiten und eingeschätzten Risiken".

Zu diesen rechtlichen Bedenken, meint Zeh, hätte "frühzeitig eine Abstimmung mit Stadt und Landkreis und zumindest eine frühzeitige Information über die Verzichtserklärung erfolgen sollen". Der Landkreis hätte noch bis März die Flächen kaufen können. Zeh kritisierte diesen "mangelnden und für eine konstruktive Zusammenarbeit nicht rechtzeitigen Informationsfluss".

Am 7. Januar hatte sich Zeh an Umweltministerin [Anja Siegesmund](#) (Grüne) gewandt, sie über die Kaufabsichten von Saint Gobain informiert. Diese nahm daraufhin an der Sonderstadtratssitzung am 19. Januar teil. Der Stadtrat beschloss in dieser Sitzung die Ausübung des Vorkaufsrechtes für Grundstücke in den Naturschutzgebieten "Rüdigsdorfer Schweiz" und "Harzfelder Holz" durch die Stadt Nordhausen.

Zur Unterstützung und weiteren Abstimmung der Grunderwerbstätigkeiten in den Südharzer Naturschutzgebieten gab es daraufhin auf Einladung von Ministerin Siegesmund am 12. Februar eine Beratung im Umweltministerium mit Vertretern des Landkreises und der Stadt Nordhausen sowie mit Verbänden und Vereinen. "Im Ergebnis wurde unter anderem zugesichert, dass das Land sein Vorkaufsrecht für mehrere Grundstücke im Naturschutzgebiet "Harzfelder Holz" zugunsten des BUND beziehungsweise der Stiftung Naturschutz Thüringen ausüben wolle, erklärte Zeh. Vereinbart habe man infolgedessen, dass der Landkreis und die Stadt Nordhausen auf ihr Vorkaufsrecht für eines der Grundstücke auf städtischem Gebiet verzichten.

Kristin Müller / 28.03.15 / TA

ZOR0007919030

[Zurück](#)